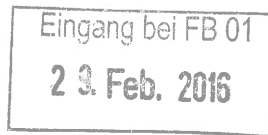


Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen



Nr. 147/17M

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

28. Februar 2016

Antrag: Wildtierverschützung für Zirkusse und andere Wanderschaustellbetriebe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge beschließen:

1. Zirkusbetrieben und anderen Wanderschaustellerbetrieben künftig keine städtischen Flächen zu vermieten, die Wildtiere wie beispielsweise Elefanten, Nashörner, Reptilien, Großkatzen, Bären, Kamele, Antilopen, Robben, Delfine, Giraffen, Affen, Pinguine, Flusspferde, Beuteltiere, Lamas oder Strauße mitführen.
2. Die Stadt setzt sich bei der Städteregion Aachen dafür ein, dass dort ebenso ein Wildtierverschützung für Zirkusse und andere Wanderschaustellerbetriebe eingeführt wird.

Begründung:

Im Oktober 2009 gab es eine Eingabe diesbezüglich aus der Aachener Bürgerschaft. Die SPD unterstützte diese Eingabe und ließ diese auf die Tagesordnung im Bürgerforum setzen. Die UWG stellte den Antrag zur Einführung eines Wildtierverschützung im Rat der Stadt Aachen. Der Antrag wurde abgelehnt. Es wurden rechtliche Bedenken geäußert. Zudem wurde auf den Bundesgesetzgeber verwiesen.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Seit dem sind sechs Jahre ins Land gegangen. Der Gesetzgeber hat immer noch kein Bundesgesetz auf den Weg gebracht, aber das Leiden der Wildtiere in Zirkussen und Wunderschaustellerbetrieben geht weiter. Dabei stellen Wildtiere besonders hohe Ansprüche an ihre Haltung und Unterbringung. In einem Zirkusunternehmen ist eine verantwortbare Haltung von Wildtieren grundsätzlich nicht möglich. Trotzdem sind in vielen der über 300 in Deutschland umherreisenden Zirkusbetrieben weiterhin Wildtiere zu sehen: Tiger, Löwen, Elefanten, Nashörner, Giraffen, Bären oder Affen – das Artenspektrum an mitgeführten Tierarten ist groß. Die Wildtiere leiden massiv, da sie im Schnitt fünfzigmal im Jahr den Auftrittsort wechseln müssen. Sie verbringen die überwiegende Zeit in kleinen Käfigen, unzureichenden Gehegen oder im engen Transportwagen, dadurch sind artspezifische Verhaltensweisen wie Sozialkontakte oder Bewegung erheblich eingeschränkt oder völlig unmöglich. Die Folgen sind gravierend: Gesundheitsschäden, schwere Verhaltensstörungen und eine erhöhte Sterblichkeit.

Außer den allgemeinen Regelungen des Tierschutzgesetzes gibt es in Deutschland keine rechtlich verbindlichen Vorgaben für die Tierhaltung in Zirkusbetrieben. Nur ein Wildtierverbot für Zirkusbetriebe ist aufgrund der schwerwiegenden Leiden von Zirkustieren unumgänglich. Es wäre gut, wenn der Bundesgesetzgeber handeln würde. Es gibt auch immer wieder derartige Bemühungen, so wie die gerade laufende Bundesratsinitiative der hessischen Landesregierung. Es ist bereits der dritte Anlauf, ein Wildtierverbot in Deutschland umzusetzen. Unsere Stadt sollte nicht darauf warten. Viele europäische Länder und deutsche Kommunen machen es vor. In über ein Dutzend europäischen Ländern gelten Wildtierverbote im Zirkus, u. a. in Belgien, Niederlande, Österreich und Griechenland. Und in vielen deutschen Städten ist ein Wildtierverbot in der Gemeindeordnung verankert. Darunter sind die Städte Düsseldorf, Köln, Leipzig, München, Siegen, Stuttgart, und unsere Nachbarkommune Würselen.

Die damals von der Verwaltung angeführten rechtlichen Bedenken haben keine Gültigkeit mehr. Das Verwaltungsgericht München mit Urteil vom 6. August 2014 hat den Beschluss einer Stadt bestätigt, kommunale Flächen nicht mehr an Zirkusbetriebe mit Wildtieren zu vermieten (Az. M 7 K 13.2449). Die Bundestierärztekammer spricht sich ebenso für ein Wildtierverbot im reisenden Zirkus aus wie die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Laut einer repräsentativen FORSA-Umfrage vom Mai 2014 zufolge vertreten mittlerweile 82 Prozent der Deutschen die Auffassung, dass Wildtiere nicht artgerecht im Zirkus gehalten werden können.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Da die Bundesregierung entsprechende Initiativen nach wie vor verweigert, halten wir es für geboten, dem Beispiel vieler anderer deutscher Städte zu folgen und ein kommunales Verbot zu erlassen. Die Kommunalpolitik ist gefragt. Wir sollten vom Prinzip der Subsidiarität Gebrauch machen, damit das Leiden der Wildtiere endlich ein Ende hat. Denn die Gesundheit und ein artgerechtes Leben der Tiere sind wichtiger als ihre Verwendung für Spaßveranstaltungen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



Markus Mohr